Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Vorteilhaft 8 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatzeile Seite 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 2c.), bez. 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Konfirmanden-Anzüge
Fertig und nach Maass, beste Ausführung, billigste Preise.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee)
Ausführlicher Katalog auch auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Hocharmige Nähmaschinen
mit **Fussbank** empfiehlt
H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik
5 Waisenhausstrasse 5.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1937.

Putz- und Modewaarenhaus
C. Heinrich Barthel
Neueste Waisenhausstr. 30 **Modelle**
Fernspr. I. 3390.
Eigene Strohhutfabrik.

Anton Müller
Dresden-A., Lüttichaustr. 19.
Buchbinderei, Präg- und Golddruck-Anstalt.
Bedienung prompt. — Preise billig.
Fernsprecher: Amt III, Nr. 3717.

Dresdner **Vernickelungs-Anstalt** von **Otto Büttner,** **Falkenstrasse 1 3 (Hofgebäude).**

Nr. 64. Spiegel: Fernschreib- und Fernsprech-Berichte. Landtag. Sommerfahrplan. Gewerbeverein. Vortrag Dr. Peters. Ueber den Eid. Das Weben der Frau. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Historienmaler Schuch. **Donnerstag, 5. März.**

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. März.

Berlin. Der **Reichstag** setzt die Berathung der Zuckersteuervorlage bei schwacher Besetzung des Hauses fort. — Abg. Graf v. Klenhuyen (Welfe) stimmt der Vorlage im Interesse der Landwirthschaft zu, während er andererseits die Agitation des Bundes der Landwirthe verurtheilt. Abg. Dr. Paasche (nl.) vertheidigt das Prämiensystem. Wenn unsere Zuckerindustrie durch dasselbe nicht so unterstützt worden wäre, so würde ihre Entwickelung lange nicht so ausgiebig gewesen sein, und der Zucker hätte überhaupt nicht so niedrige Preise gesehen. Der „arme Mann" hat also durch die „Fütterung" der Industrie mit Prämien, wie Sie es nennen, nichts verloren. Die Prämien sind ihm bis zum letzten Pfennig zugute gekommen. (Lachen links.) Ja, in Ihr ABC, Herr Richter, paßt diese Theorie nicht, aber richtig ist sie doch. Die Prämien drücken doch auch auf den Weltmarktpreis und kommen so den Konsumenten zugute. — Abg. v. Komierowski (Pole) verwirft die Kontingentirung und die staffelförmige Betriebssteuer, weil dadurch die Großbetriebe des Ostens schwer geschädigt würden. — Abg. Meyer-Danzig (Hosp. d. Rp.) tritt für die Vorlage ein, wünscht aber Heraufsetzung des Kontingents auf 1½ Millionen. Ganz ohne Kontingentirung geht es nicht, sonst würde die Erhöhung der Prämien eine ungemessene Produktion veranlassen. Auch wahrt die Kontingentirung dem Gesetze den Charakter einer bloßen Vertheidigung gegen das Ausland. Auch wir wünschen, daß es wieder zu einer Herabsetzung der Prämien kommen möge, aber wir wünschen auch, daß dann gleichzeitig die Konsumabgabe herabgesetzt werde. — Minister Frhr. v. Hammerstein betont nochmals, daß bei uns die Zuckerindustrie eine landwirthschaftliche sei, im Gegensatz zu Oesterreich, wo sie eine kapitalistische sei. — Abg. Dr. Barth (freis. Ver.) spricht gegen die Vorlage. Der Schatzsekretär hat erklärt, anatomische Ruhe bewahren zu wollen. Das war für mich ein gutes Omen, denn Anatomen haben es nur mit Leichen zu thun. (Heiterkeit.) Was haben Sie denn mit Ihrem Protektionismus erreicht? Die Agrarier klagen heute mehr als je. In England klagen die Landwirthe lange nicht so. Die englische Landwirthschaft ist keineswegs fertig, wie Sie sagen; 1891 hat sogar die Anbaufläche in England zugenommen. Wenn die Prämie den Weltmarktpreis entsprechend drückt, wie ich Ihnen mache, dann haben doch auch unsere Produzenten von der Prämie gar nichts, und unsere Konsumenten haben, wenn sie auch nicht direkt durch Erhöhung des Zuckerpreises benachtheiligt werden, doch den Schaden als Steuerzahler, als welche sie die Prämie aufbringen müssen. Dem zuzustimmen wäre ein Abderitenstreich. Das ganze Gesetz kostet dem deutschen Volke mindestens 50 Millionen. — Abg. Zimmermann (Reichspp.) ist verwundert, daß dieselbe Regierung ein solches Gesetz vorschlage, die den Antrag Kanitz ablehne, weil es sozial bedenklich sei, die Preise zu steigern. Wolle man die Kontingentirung überhaupt, so müsse man sie auf die Rübenbauer vertheilen. Weiter müßten Konsumabgabe wie Prämie herabgesetzt werden. In der vorliegenden Fassung sei das Gesetz für ihn und einen Theil seiner Freunde unannehmbar. — Abg. v. Staudy spricht Namens einer Minorität der Konservativen ebenfalls gegen die Vorlage. Das Rückgrat der Landwirthschaft sei nicht der Rüben-, sondern der Getreidebau. Vor Allem mißbilligt Redner die Kontingentirung der Produktion; zu einem solchen gefährlichen Experiment liege Angesichts der wieder gestiegenen Preise kein Anlaß vor. Unsere Konkurrenzländer würden sich die Kontingentirung sofort zunutze machen. Die Betriebssteuer in Staffelform sei ein direkter Schlag gegen den Osten, der schon durch die Kontingentirung des Spiritus schwer geschädigt sei. Das Beste wäre die Wiedereinführung der Materialsteuer; wolle man das nicht, so möge man den jetzigen Gesetzeszustand verewigen. — Abg. Richter beantragt Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Die Auszählung ergiebt die Anwesenheit von 205 Abgeordneten. Das Haus ist somit beschlußunfähig. — Weiterberathung morgen; außerdem Gewerbenovelle.

Berlin. Das **Abgeordnetenhaus** setzte die Berathung des Kultusetats fort. Bei dem Kapitel „Oberkirchenrath" tadelte Abg. Rickert den sozialpolitischen Erlaß dieser Behörde an die Geistlichen und wünschte Genugthuung für Pastor Witte, der ohne ärztliches Gutachten jahrelang als geisteskrank erachtet worden sei. Minister Dr. Bosse erwiderte, daß er zu Maßnahmen gegen den erwähnten Erlaß und zu einem Eingreifen in das Verfahren gegen Witte nicht kompetent sei. Abg. Stöcker: Eine Kirchenbehörde, die einem Geistlichen die Theilnahme an der antisemitischen Bewegung verbieten wollte, würde ihre Pflicht grröblich verletzen. Sie sprechen immer von der antisemitischen Hetze, warum sprechen Sie nicht von der semitischen Hetze? Die der Sozialdemokratie verfallenen Kreise können durch die Seelsorge allein der Kirche nicht zurückgewonnen werden. Es bleibt nichts weiter übrig, als daß die Kirche mit ihren Geistlichen den sozialen Problemen nähertritt, denn der Gedanke, daß die Kirche mehr für die Reichen als für die Armen da ist, ist für die Kirche tödtlich. Das soziale Gebiet ist nicht anders in Ordnung zu bringen, als durch die Kräfte des Christenthums. Es ist nur auf diesem Wege möglich, die Leute für das Christenthum wieder zurückzugewinnen. In den Fall Witte werde auch ich oft hineingezogen; aber meine persönlichen Beziehungen sind aus früherer Zeit, und ich habe mit den Dingen, die Witte ins Unglück gebracht haben, nichts zu thun. Abg. v. Hendebrandt (kons.): Die Zurückgewinnung der Massen für das Christenthum huldigen wir; aber wir finden es bedenklich, wenn bei diesen Bestrebungen eine Annäherung an die einseitige Bevorzugung des Arbeiterstandes stattfindet. Das ist eine falsche gefährliche Auffassung des Sozialismus. Sie führt zu einem Interessenkampf und ein solcher Kampf kann nie christlich sein. Abgeordneter Stöcker: Die soziale Bewegung ist ohne Organisation der Arbeiter nicht denkbar. Auch in den alten Innungen hatten die Meister und Gesellen gesonderte Organisation. Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Herr Stöcker ist mit dem Falle Witte so eng persönlich verknüpft, daß er wohl nöthig hätte, seine Stellung klar zu legen. Abg. Stöcker: Herr v. Eynern, Sie reden über Dinge, die Sie nicht wissen können und die noch nicht festgestellt sind; Sie können mir leid thun. Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Ich muß mir den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit entschieden verbitten; Herr Stöcker möge seine Wahrheitsliebe doch nur an dem bekannten Scheiterhaufenbriefe ermessen. Abg. Stöcker: In einer Broschüre des Herrn v. Tiedemann-Jakobsdorf wird klargelegt, daß dieser Brief keine Intrigue, sondern nur eine Warnung enthält. Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.): Dann muß der Mann sehr naiv sein. Das Kapitel „Oberkirchenrath" wurde bewilligt. Weiterberathung morgen.

Berlin. Im Auftrage des Kaisers hat sich der Chef des Marinekabinets, Konteradmiral Freiherr von Senden-Bibran nach Oesterreich zu der Beisetzung des Admirals von Stosch begeben. Derselbe legte einen von dem Kaiser dem Verstorbenen gewundenen Kranz am Sarge nieder. — Die Budgetkommission des Reichstags beginnt morgen die Berathung des Depotgesetzes. Die zweite Berathung des Pionierreformgesetzes beginnt am Montag. — Zum bürgerlichen Gesetzbuch wird ein deutschkonservativer Antrag vorbereitet, wonach die Eheschließung entweder vor dem Standesbeamten oder durch kirchliche Trauung erfolgen kann (also facultative Civilehe). — Die Vertreter der größeren Berliner Tageszeitungen haben in Sachen der Lohnbewegung der Buchdrucker einstimmig erklärt, daß sie bei etwa angedrohtem Ausstande nichts bewilligen, sondern die Zeitungen in beschränktem Umfange erscheinen lassen würden. — Der Kaiser erschien gestern Abend in der italienischen Botschaft und hatte eine längere Unterredung mit dem Grafen Lanza.

Berlin. Die konservative Fraktion des Herrenhauses hat folgende Resolution beschlossen: „Die konservative Fraktion des Herrenhauses bedauert das Scheiden Stöcker's aus der konservativen Partei, tritt aber dem Beschlusse des Ehren-Ausschusses bei."

Bonn. Weihbischof Prof. Weber wurde zum Bischof der Altkatholiken gewählt.

Kiel. Die Kaiseryacht „Hohenzollern" verläßt am 7. d. M. Kiel, um nach Abbazia zu fahren und dort zur Verfügung des Kaisers Wilhelm zu stehen, der sich auf dem Landwege dorthin begiebt. Die Abwesenheit der Yacht „Hohenzollern" ist auf acht Wochen berechnet.

Meiningen. Der Landtag ertheilte heute der Vorlage über die Erbfolgeordnung die verfassungsmäßige Zustimmung. Der Präsident erklärte darauf, daß nunmehr der Fortbestand des Herzogthums gesichert sei.

Wien. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Während 15 von Gensdarmen begleitete Einwohner von Zeitun in Albistan Proviant kauften, wurden 9 derselben getödtet, einige wurden verwundet und ihnen die Lastthiere fortgenommen.

Wien. Der auf einer Vergnügungsreise befindliche Gouverneur von Poltawa, russischer Staatsrath Tatitschew, ist heute hier infolge eines Herzschlages gestorben.

Kattowitz. In der letzten Nacht brach auf der Göche's Erben gehörigen Grube „Kleophas" ein Brand aus. Bis Mittags 1 Uhr waren 31 Todte, darunter 2 Oberbeamte, herausbefördert. Vermuthlich befinden sich weitere 30 Mann noch in der Grube; nach Lage der Sache ist kaum anzunehmen, daß dieselben sich noch am Leben befinden. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt. Die Nachtschicht war gestern Abend auf dem Reckeschacht 70 und auf dem Walterschacht 140 Mann stark eingefahren. Um die 11. Stunde Nachts machte sich ein brandiger Geruch bemerkbar. Im Frankenberg's Schachte war die Holzzimmerung in Brand gerathen und war vermuthlich durch die Dampfrohre einer dort stehenden Wasserhaltungsmaschine. Durch den großen Qualm war der Weg zur Ausfahrt des Walterschachtes fast abgeschnitten. Die im Reckeschacht eingefahrenen Mannschaften retteten sich fast sämmtlich. Von dem Walterschachte gelangten etwa 70 Mann, welche in der Nähe der Ausfahrt arbeiteten, an die Oberfläche, die übrigen flüchteten nach dem Holzhängeschacht Schwarzenfeld oder nach dem Cäsarschacht, die beide etwa 3000 Meter von den Hauptschächten entfernt sind und aus welchen eine Heraufbeförderung von Personen nur durch an Seilen befestigte Kübel möglich ist. Hier befinden sich fast sämmtliche um das Leben gekommene Mannschaften. Die ersten Todten wurden heute früh 4 Uhr heraufbefördert, später wurden 4 Mann lebend heraufbefördert; dieselben hatten so viel Geistesgegenwart besessen, sich gegen die heranziehenden Schwaden abzudämmen. Der Brand wird durch Rettungsmannschaften abgedammt. Hunderte umstehen die Schachtöffnungen, an denen sich herzzerreißende Scenen abspielen. Das Unglück ist das größte Bergunglück, welches bisher in Oberschlesien vorgekommen ist. Der Betrieb der Kleophasgrube ist voraussichtlich auf Wochen gestört.

Paris. Die Heereskommission der Kammer setzte die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Kolonialarmee fort und beschloß mit 14 gegen 4 Stimmen, daß der Schutz von Algier und Tunis nicht der Kolonialarmee übertragen werden solle. Kriegsminister Cavaignac wird sich über diesen Beschluß, durch welchen seine Vorlage in weitgehendstem Maße geändert wird, noch erklären.

Paris. Das Faktorats-Magazin des Théâtre comique „Ambigu" in der Rue Albouy steht in Flammen. Das Feuer nimmt große Ausdehnung an und bedroht die Nachbarhäuser. Ein Verlust an Menschenleben ist bisher nicht gemeldet.

Nizza. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland traf heute hier ein und besuchte in Begleitung des Herzogs von Leuchtenberg und des Prinzen von Oldenburg den Präsidenten Faure. Der Großfürst wurde von dem Präsidenten inmitten der Minister im großen Saale der Präfektur empfangen. Nach der Vorstellung der Minister und einer kürzeren Unterredung verweilte der Präsident mit dem Großfürsten allein in etwa viertelstündigem Gespräche.

Rom. Nach einer „Stefanimeldung" überbrachte Crispi dem Könige das Rücktrittsgesuch des Kabinets. Der König hat sich seinen Entschluß vorbehalten. Das Ministerium wird dem Parlament alle afrikanischen Aktenstücke vorlegen. Der König beschied die Präsidenten beider Kammern zur Berathung und wird morgen mit anderen politischen Persönlichkeiten konferiren.

Rom. Dem „Popolo Romano" zufolge hat das Kabinet beschlossen, nicht zu demissioniren, sondern vor die Kammer zu treten und das Verhalten der Regierung in der afrikanischen Angelegenheit auseinanderzusetzen. In Betreff der militärischen Maßnahmen werde das Kabinet die Forderungen des Generals Baldissera, welcher heute in Massauah ankommt, abwarten. Ministerpräsident Crispi hätte diesen Entschluß dem König vorgetragen und der Letztere denselben gebilligt. Gerüchtweise verlautet, General Baratieri werde zur Disposition gestellt und nach Rom zurückberufen werden, um sein Verhalten zu rechtfertigen. Privatdepeschen berichten von Kundgebungen, welche gestern Abend und während der Nacht anläßlich der Nachrichten aus Afrika in einigen Städten, namentlich in Mailand, stattgefunden haben.

Mailand. In der Galleria Vittorio Emmanuele erschienen drei schwarzgekleidete Frauen, Mutter und Schwestern eines Afrika-Soldaten, mit Zetteln am Hut mit der Aufschrift „Wir wollen den Rückzug unserer Soldaten aus Afrika!" Aus der sich ansammelnden Volksmasse ertönten Rufe: „Nieder mit Crispi!" und die Sozialisten sangen die Arbeiterhymne. Eine herbeigerufene Kompagnie Infanterie wurde so dicht umringt, daß fünf Personen in die Bajonnete gedrängt und ein 19jähriger Setzer tödtlich verwundet wurde. In Pavia, wo die Umsturzpartei ebenfalls großen Anhang hat, versuchte die Volksmenge unter aufrührerischen Rufen durch Schienenaufreißen die Abfahrt einer nach Afrika bestimmten Abtheilung Artilleristen zu hindern.

London. Der „Times" wird aus New-York gemeldet: Nach Telegrammen aus Washington ist die Stimmung des Kabinets und der diplomatischen Kreise dem Vorgehen des Kongresses bezüglich Cubas entschieden abgeneigt. Die Promptheit, mit der Canovas sein Bedauern über die Vorgänge in Barcelona zum Ausdruck gebracht hat, habe einen guten Eindruck gemacht.

Washington. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt dem Senat, die Resolution der Repräsentantenkammer betreffend Cuba nicht anzunehmen und fordert eine Konferenz der Comités beider Kammern.

Die heutige **Berliner Börse** verkehrte im Ganzen in recht guter Tendenz. Bereits die gestrige Nachbörse hatte auf allgemein beruhigendere Ansichten über die Gesammtlage in zuversichtlicher Haltung geschlossen, die sich am heutigen Markt trotz einiger Schwankungen im weiteren Verlauf des Verkehrs und trotz ziemlich stillen Geschäftes erhalten konnte. In erster Linie stimulirten feste Tendenzberichte von den meisten auswärtigen Börsen und eine ruhigere Auffassung über die Situation der Italiener in Afrika. Auch die im Verlaufe der Börse weiter eintreffenden Meldungen über die Vorgänge in Afrika, die kritischer gewesen zu sein scheinen als die Einzelnachrichten es erkennen lassen, vermochten nur wenig Einfluß zu gewinnen. Es zeigte sich Deckungsbegehr, dem sich einige Meinungskäufe, namentlich am Montanaktienmarkt, anschlossen. Ueber die Diskonto-Gesellschaft, namentlich über die Betheiligung dieses Bankinstituts an der Venezuelabahn, waren heute verschiedene und zwar zumeist günstige Gerüchte im Umlauf, doch darf nicht verkannt werden, daß die Kritik über den Jahresabschluß der Bank sich nicht freundlicher gestaltet hat. Der Markt für Bankaktien lag ziemlich fest. Kommanditantheile auf Deckungen und Neukäufe erholt, von den übrigen Werthen waren besonders Deutsche Bank und Handelsantheile rege umgesetzt bei anziehenden Kursen. Heimische Eisenbahnen waren sehr still und wenig verändert; von fremden Bahnen Prince Henribahn auf größere Einnahmen, ferner Schweizerbahnen und die meisten österreichischen Bahnen höher. Der Montanaktienmarkt nahm auf gute Nachtrage zu Deckungen und Neukäufen ein recht festes Aussehen an, namentlich waren Kohlenwerthe beachtet und höher. Am Rentenmarkt setzten Italiener matt ein, erholten sich aber später, das Gleiche gilt für Mexikaner; Türkenlose fest. Heimische Anleihen gut behauptet. Der Schluß der Börse war fest. Privatdiskont 2 Prozent. — Die **Getreidebörse** verlief überaus still bei schwacher Tendenz; dem Markte fehlte jedwede Anregung; einige Realisationsangebote genügten, den Preis für Weizen und Roggen um ca. eine halbe bis eine ganze Mark zu drücken. Hafer umsatzlos. In Spiritus waren die Abschlüsse am Termin- wie am Effektivmarkt nicht nennenswerth. Preise wenig verändert. **Wetter:** mild, Nachmittags windig. Südwestwind.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Kaiserl. u. Königl. Hoheit der **Erzherzog Otto** von Oesterreich wird Sonnabend Vormittag in Begleitung des Obersten Grafen Auersperg und des Rittmeisters Grafen Coreiani in Dresden eintreffen und im Palais Zinzendorfstraße abtreten. Er vertritt anläßlich des 50jährigen Militärdienstjubiläums Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich.

— Bei ihrem Scheiden aus dem Dienst ist dem Obertelegraphenassistent **Treßler** in Leipzig der Kronenorden 4. Klasse und dem Postmeister **Trebitz** in Roda (Sachsen-Altenburg) das Ritterkreuz 2. Klasse des Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens verliehen worden.

— Die **erste Deputation** der Ersten Kammer hat über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die **ärztlichen Bezirksvereine** Bericht erstattet. Während bisher der Beitritt zu den ärztlichen Bezirksvereinen in das freie Ermessen der betreffenden Aerzte gestellt war, soll in Zukunft der ärztliche Bezirksverein kraft des Gesetzes sämmtliche in dem betreffenden Medizinalbezirke wohnhaften und ihre Praxis ausübenden Aerzte als Mitglieder umfassen und hierdurch die Grundlage zu einer ähnlichen Organisation geschaffen werden, wie sie den Rechtsanwälten durch die Rechtsanwaltsordnung zu Theil geworden ist. Sowohl die dem Gesetzentwurfe beigefügte Begründung als der Bericht der Gesetzgebungs-Deputation der Zweiten Kammer enthalten eine ausführliche Darlegung der Vortheile, die man sich von der neuen Einrichtung und dem mit derselben zu verbindenden ehrengerichtlichen Verfahren verspricht. Die Deputation schlägt vor, den Gesetz in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer in folgender Fassung anzunehmen: „Die ärztlichen Bezirksvereine werden fortan durch sämmtliche innerhalb des betreffenden Medizinalbezirks wohnende und ihre Praxis ausübende, mit Approbation versehene Aerzte und diejenigen Aerzte und Wundärzte gebildet, welche bereits vor Verkündigung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juli 1869 zur Praxis berechtigt waren und als approbirt im Sinne von § 29 Absatz 5 der Gewerbeordnung zu gelten haben. Die Bildung mehrerer Bezirksvereine innerhalb eines und desselben Medizinalbezirks bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Approbirte Aerzte und Wundärzte, welche ihre Praxis nicht oder nicht mehr ausüben, sind zum Beitritt nicht verpflichtet, aber berechtigt. Dasselbe gilt von Sanitätsoffizieren des Friedensstandes, gleichviel ob sie Civilpraxis ausüben oder nicht. Jedem Bezirksvereine steht das Recht der juristischen Persönlichkeit zu." Einige beantragte Abänderungen sind unwesentlicher Natur.

— Die Finanzdeputation B der Zweiten Kammer hat Bericht erstattet über Titel 21 des außerordentlichen Staatshaushalts für 1896/97, betreffs Erweiterung der **Haltestelle Triebischthal.** Die Staatsregierung hat dem ständischen Beschluß entsprechend ein Projekt zur Erweiterung der Haltestelle Triebischthal ausarbeiten lassen. Die Gesammtkosten sind auf 1,070,000 Mk. veranschlagt worden. Davon verlangt die Regierungsvorlage von der Stadt Meißen einen Beitrag von 210,000 M., sodaß nur 860,000 Mk. in den Etat eingestellt worden sind. Die Stadt Meißen hat aber erklärt, daß sie ganz außer Stande sei, mehr als 100,000 Mk. zu zahlen. Außerdem will die Stadt noch das zur Erweiterung der Haltestelle nothwendige Areal des alten Triebischbettes im Werthe von 13,000 Mk. unentgeltlich abtreten. Nach erfolgtem Einvernehmen mit der Regierung in Bezug auf diese

Pfund's sterilisirte Kindermilch. (Schaffer) Trocken-Fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.